



FVDZ · Auguststraße 28 · 10117 Berlin

Herrn Bundeskanzler
Friedrich Merz
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Entlastungsprämie für Arbeitnehmer als Belastung für Praxisinhaber

Berlin, 16. April 2026

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

mit wachsender Irritation verfolgen wir als Inhaber kleiner und mittelständischer Zahnarztpraxen die politische Diskussion um die geplante 1.000-Euro-Entlastungsprämie für Arbeitnehmer. Eine Maßnahme, die gut gemeint sein mag, in der Praxis jedoch gravierende Nebenwirkungen entfaltet – zu unseren Lasten.

Was auf den ersten Blick wie ein sozialpolitisches Signal erscheint, wird für viele niedergelassene Zahnärztinnen und Zahnärzte zur wirtschaftlichen Belastungsprobe. Gerade kleine Betriebe, Zahnarztpraxen, Arztpraxen und andere inhabergeführte Einrichtungen stehen ohnehin unter massivem Druck durch steigende Kosten, Bürokratie und Fachkräftemangel. In dieser Lage eine zusätzliche freiwillige Leistung faktisch zum Erwartungsstandard zu erheben, ist kein Beitrag zur Stabilisierung, sondern zur weiteren Zuspitzung der Situation.

Sie nennen das Entlastung. Wir nennen das eine politisch ausgelagerte Zusatzabgabe.

Denn die Rechnung ist ebenso einfach wie problematisch: Staatlich verordnete Entlastung für Arbeitnehmer = Finanzielle Belastung der Arbeitgeber. Bei einem Team von acht Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in unseren Praxen sprechen wir von zusätzlichen 8.000 Euro – netto, sofort, ohne Gegenleistung oder Gegenfinanzierung. Das ist Geld, das in unseren Strukturen nicht „übrig“ ist, sondern hart erwirtschaftet werden muss – in einem Umfeld steigender Energiepreise, ohnehin wachsender Personal- und Materialkosten, zusätzlicher Bürokratie und seit Jahren gedeckelter Einnahmen, die sich durch die kommende Gesundheitsgesetzgebung noch einmal verschärfen wird.



Besonders problematisch ist die Dynamik, die Sie damit bewusst oder unbewusst auslösen: Die Prämie wird von unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht als freiwillige Leistung wahrgenommen werden, sondern als neuer Standard. Wer zahlt, gilt als guter Arbeitgeber. Wer es sich nicht leisten kann, wird zum Problemfall erklärt. Damit schaffen Sie einen Wettbewerb, der nicht über Qualität, Arbeitsbedingungen oder Verantwortung entschieden wird, sondern über kurzfristige Liquidität.

Für uns bedeutet das konkret: Noch mehr Druck im ohnehin angespannten Fachkräftemarkt. Noch mehr Abwanderung von qualifiziertem Personal in größere Einheiten oder finanzstärkere Strukturen. Und noch weniger Chancen für kleinere Praxen, überhaupt mitzuhalten.

Was bei Ihnen in Berlin wie eine einfache Maßnahme aussieht, führt bei uns zu ganz realen Konflikten im Alltag: Mitarbeiter vergleichen, Erwartungen steigen, Gespräche werden schwieriger. Wenn wir erklären müssen, warum wir diese Prämie nicht zahlen können, obwohl wir unsere Teams fair bezahlen und sichere Arbeitsplätze bieten, dann beschädigt das Vertrauen. Ihre Politik sorgt dafür, dass Teams gespalten werden – nicht gestärkt.

Hier wird ein politisches Signal auf Kosten derjenigen gesetzt, die schon jetzt als Rückgrat der Gesundheitsversorgung hohem wirtschaftlichen Druck stehen. Wir sind es, die täglich Verantwortung tragen – für Patienten, für Mitarbeiter, für eine funktionierende Versorgung. Und genau wir werden nun auch in die Rolle gedrängt, staatliche Entlastung zu finanzieren.

Das ist nicht nur wirtschaftlich fragwürdig, sondern auch politisch kurzsichtig.

Wenn Sie Arbeitnehmer wirklich entlasten wollen, dann tun Sie es ehrlich – aus dem Staatshaushalt und nicht durch indirekten Zwang gegenüber Arbeitgebern. Alles andere ist nichts als eine Verschiebung der Lasten, die langfristig genau die Strukturen schwächt, auf die unser Gesundheitssystem angewiesen ist.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Christian Öttl

FVDZ-Bundesvorsitzender

Dr. Jeannine Bonaventura

stellv. FVDZ-Bundesvorsitzende